



Interviews

Datum: 4. Juli 2024

Sandra Schulz im Gespräch mit Christoph Meyer

Sandra Schulz: Am Telefon ist Christoph Meyer, als FDP-Fraktionsvize im Bundestag zuständig für Haushalt und Finanzen und FDP-Landeschef in Berlin. Schönen guten Morgen!

Christoph Meyer: Guten Morgen!

Schulz: Wie gehen Sie in den Tag? Kommt die Einigung heute zustande?

Meyer: Ja, natürlich gespannt, aber jetzt nicht sonderlich aufgeregt. Wir werden sehen, ob heute Abend es eine Einigung gibt. Wir haben die Konditionen dafür ja klargemacht. Die ergeben sich zum Großteil auch aus der Verfassung, aus dem Grundgesetz. Wenn es länger dauert, dauert es länger. Wir haben immer gesagt, im Juli muss eine Einigung stehen, damit der Haushalt dann anschließend noch dem Parlament so rechtzeitig zugeleitet werden kann, dass wir im September die Haushaltsberatungen starten können.

Schulz: Auf der anderen Seite, wir haben es gestern gehört von dem allerdings Oppositionspolitiker Middelberg, der sagt, das ist eigentlich eine Frechheit, wie lange ihr in der Regierung immer für eure Verhandlungen braucht, und wir als Parlamentarier müssen dann Zack-Zack machen. Warum sind Sie da so entspannt?

Meyer: Na ja. Herr Middelberg ist offensichtlich ziemlich vergesslich. Die Große Koalition, die Vorgängerregierung, die ja vieles von den Lücken, die jetzt aufgerissen sind, mit zu verantworten hat, hat zum Beispiel auch erst Ende Juli teilweise Kabinettsbeschlüsse gefasst. In der Bundeshaushaltsordnung ist die Zuleitung ans Parlament eine Woche vor Beginn der parlamentarischen Haushaltsberatungen geregelt. Das heißt, theoretisch nach Gesetzesrahmen wäre es sogar möglich, erst Ende August den Haushalt zuzuleiten. Das ist Oppositionsgekleff, da muss man sich nicht so dran festhalten oder aufspulen.

Schulz: Aber vielleicht ist er auch gar nicht so vergesslich, sondern vielleicht erinnert er sich einfach nur daran, was im letzten Jahr war, als sogar das Bundesverfassungsgericht sagen musste, es geht einfach nicht, dass der Bundestag so kurzfristig abstimmen muss.

Meyer: Es geht ja nicht um die Abstimmung selbst. Die Abstimmung selbst ist ja erst zum Ende des Jahres, nach den parlamentarischen Haushaltsberatungen. Das heißt, jeder Parlamentarier hat vier, fünf Monate, wenn der Haushalt zugeleitet ist, Zeit, sich mit dem Zahlenwerk, mit ungefähr 3000 Seiten zu beschäftigen. Deswegen ist das ein ganz normales Verfahren und deswegen sollten wir uns nicht in Hetze oder Eile begeben, sondern der Zahlenteil des Haushalts muss durchgerechnet worden sein von der Exekutive, bevor es dem Parlament zugeleitet wird, und genau darauf stellen wir uns ein. Diese Haushaltsberatungen auf Regierungsebene, wie sie jetzt durchgeführt sind, die scheinen, doch zumindest im Vergleich zum letzten Jahr sehr zielstrebig und professionell zu sein. Erinnern Sie sich daran: Im letzten Jahr wurde in der Öffentlichkeit mehrere Monate über einzelne Bereiche diskutiert und gerungen, während das Verfahren, was Christian Lindner mit dem Kanzler und dem Vizekanzler Habeck jetzt vereinbart hat, offensichtlich dazu führt, dass konzentriert im kleinen Kreis verhandelt wird, da nichts nach außen dringt. Dann gibt es einen Beschluss im Kabinett, so wie es auch vorgesehen ist, und dann gibt es im zweiten Halbjahr die parlamentarischen Beratungen.

Schulz: Sie rechnen noch mit dem 17. Juli? Schulz hat das gestern ja ein bisschen offener formuliert.

Meyer: Die FDP sagt seit Wochen, Ziel muss Juli sein, damit der Haushalt dem Parlament zugeleitet werden kann. Und auch da noch mal ...

Schulz: Nur ganz kurz noch mal nachgefragt. 17. Juli wäre nicht die magische Zahl aus Ihrer Sicht?

Meyer: Es gibt keine magische Zahl. Ich sagte es ja eingangs. Es konzentriert sich darauf, dass wir in ein geregeltes parlamentarisches Verfahren gehen können, und dazu brauchen wir - die Haushaltsberatungen im Parlament beginnen Anfang September – sicherlich zwei, drei Wochen Vorlauf. Danach richtet sich der Zeitplan nach hinten und da ist der Juli, ob das jetzt Mitte Juli ist oder eine Woche später oder früher, nicht relevant.

Schulz: Jetzt haben Sie gesagt, das ist im Prinzip alles ganz normal, da gibt es jetzt gar keinen Grund zur Aufregung. Warum gibt es gerade aus Ihrer Partei wieder Stimmen, die die Eskalationsspirale jetzt so mächtig drehen? Ich denke an Wolfgang Kubicki, der mit dem Ende der Kanzlermehrheit droht.

Meyer: Na ja. Am Ende des Tages haben wir seit Monaten, eigentlich seit dieser Koalition klargemacht, dass die Schuldenbremse steht. Zur Schuldenbremse gehört, dass es keinen Aussetzungsbeschluss gibt, weil es keine Notlage gibt, und dass es auch kein Sondervermögen gibt. Das heißt, wir bringen hier nicht diese, nach Auffassung von eigentlich auch allen Verfassungsexperten verfassungswidrigen Ideen ins Gespräch, dass man den leichteren Weg gehen könne und die Schuldenbremse aussetzen könne, und wenn es aus der SPD und aus den Reihen der Grünen Stimmen gibt, die genau das fordern, dann ist die Position, die Wolfgang Kubicki markiert hat, dass es dafür keine Mehrheit im Deutschen Bundestag gibt, glaube ich, eine selbstverständliche.

Schulz: Da ist Wolfgang Kubicki, der ja häufiger provoziert, der auch häufiger etwas lauter wird, aber immerhin auch stellvertretender Parteichef ist, da spricht er, würden Sie sagen, für die Mehrheit Ihrer Fraktion?

Meyer: Ja, weil am Ende des Tages der Haushaltsentwurf der Verfassung genügen muss, und in der Verfassung steht die Schuldenbremse. Das heißt, ich kann mir gar nicht vorstellen - das ist vielleicht der Punkt, über den wir eigentlich reden müssten -, dass das Bundeskabinett, ob jetzt Mitte Juli oder Ende Juli, einen Haushaltsentwurf, der sehenden Auges verfassungswidrig ist, dem Parlament zuleitet. Deswegen wird es wahrscheinlich gar nicht um die Frage gehen, ob es eine Kanzlermehrheit oder eine andere Mehrheit für diesen Entwurf gibt; der Entwurf muss schon vorher der Verfassung genügen und das stellt die FDP vor den Haushaltsberatungen sicher durch eine Kabinettsbefassung, die entsprechend der Verfassung genügt.

Schulz: Der Vollständigkeit halber würde ich gerne kurz einfließen lassen, dass dieses Ausrufen der Notlage deutlich schwieriger geworden ist nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil aus dem vergangenen Jahr, dass es aber durchaus auch Stimmen gibt – hört man ja aus der SPD auch viel -, dass es schon verfassungsrechtlich auch möglich sei. Das muss man an dieser Stelle auch noch mal kurz markieren, dass es da auch unterschiedliche Sichtweisen gibt.

Ich wollte aber noch auf einen anderen Punkt mit Ihnen kommen, um inhaltlich ein bisschen weiterzukommen, und weil es sicherlich auch viele Menschen im Land, viele Hörerinnen und

Hörer interessiert. Dieses Thema Wachstumsturbo, das Olaf Scholz jetzt ankündigt mit einer klassischen scholzischen Formulierung, was zeichnet sich dazu ab?

Meyer: Auch da sollte man jetzt der Einigung nicht vorgehen. Die FDP hat im Sommer letzten Jahres gesagt, dass wir eine Wirtschaftswende brauchen. Wir sind die letzten zehn Jahren in allen Standort-Rankings nach unten durchgereicht worden. Das haben wir mit den Koalitionspartnern besprochen und haben da eine Einigung erzielt, dass wir hier ein Wachstumspaket benötigen, und wir haben gesagt, dieses Wachstumspaket muss zeitgleich mit dem Haushalt 25 verabschiedet werden. Ich will dem nicht vorgehen. Olaf Scholz hat gestern formuliert – und das hören wir auch -, dass man da sehr weit ist. Wir haben klar gesagt, dass wir im Bereich Arbeitsanreize stärker werden müssen, dass wir privates Kapital mehr aktivieren müssen. 90 Prozent der Investitionen in Deutschland werden nicht vom Staat oder nicht durch den Bundeshaushalt generiert, sondern durch die Wirtschaft, durch die Menschen, durch die Betriebe im Land. Das sind zwei Beispiele, wo mehr gemacht werden muss. Aber es wird sicherlich auch ein Paket geben, was den ganzen Bereich Entlastungen im Fokus hat. Wir haben die höchste Steuerlast in Deutschland im Vergleich der Industriestaaten. Das heißt, auch hier muss was passieren.

Schulz: Und was passiert, dazu können Sie heute Morgen noch nichts sagen? Da scheinen ja auch die Gespräche hierzu im Endspurt zu sein.

Meyer: Genau richtig. Deswegen macht es jetzt keinen Sinn, dass ich irgendwelche Mutmaßungen anstelle, was drin ist in diesem Paket. Wir haben als FDP über 50, 60 Forderungen auch auf dem Bundesparteitag im Vorfeld im Mai formuliert, beschlossen. SPD und Grüne haben, glaube ich, auch eine Hand voll von Forderungen Anfang des Jahres formuliert, so dass wir am Ende hoffen, dass wir ein gutes Gesamtpaket schnüren können, was Wachstum in Deutschland voranbringt und Deutschland aus dieser schleichenden Abwärtsspirale der letzten zehn Jahre befreit.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.